

"Nel" (Ion Cozacu): aufschrei-waffenhandel.de/neues/materialien/

Rüstungsexporte aus Deutschland

Arbeitsblätter für den Unterricht
Sekundarstufe II

Liebe Lehrerin, lieber Lehrer,

mit den vorliegenden Arbeitsblättern zum Thema Rüstungsexport möchten wir Sie dabei unterstützen, das politische Interesse Ihrer Schüler*innen zu fördern.

Sie dürfen dieses Material unbegrenzt einsetzen, kopieren und weiterverbreiten. pax christi stellt auch zu anderen Themen Arbeitsblätter zur Verfügung und freut sich über Ihre Rückmeldungen.

Schreiben Sie uns gerne Ihre Erfahrungen!

Harald Hellstern

Sprecher der pax christi-Kommission Rüstungsexport
September 2018

Kontakt: rexpox@paxchristi.de oder: pax christi, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin
Diese Arbeitsblätter finden Sie auch auf <https://www.paxchristi.de/s/downloads>

Zum Unterrichten mit diesen Arbeitsblättern

Konzeption

Die Arbeitsblätter sind gedacht für den Unterricht in der Sekundarstufe II. Sie lassen sich für eine kleine Unterrichtseinheit zum Thema ebenso verwenden wie einzeln als Baustein im Rahmen allgemeinerer Themen wie Friedenssicherung, Verhältnis Legislative/Exekutive, Parteien im Bundestag oder Möglichkeiten politischer Partizipation.

Der Schwerpunkt liegt auf der Vermittlung von Basisinformationen zum Thema und auf dem Anreiz zur eigenen Meinungsbildung der Schülerinnen und Schüler. Dabei sollen diese zur selbstständigen Recherche und zur Präsentation und Diskussion ihrer Ergebnisse angeregt werden.

Wenn die Schülerinnen und Schüler im Unterricht Zugang zum Internet haben, können sie über die angegebenen Links schnell an die benötigten Informationen kommen und damit arbeiten. Sollte kein Internetzugang im Unterricht möglich sein, können die Arbeitsblätter für vorbereitende Hausaufgaben oder kleinere Projektarbeiten genutzt werden. Die Links bieten aber auch der Lehrkraft die Möglichkeit, schnell selbst an für den Einsatz im Unterricht geeignetes Quellenmaterial zu kommen. Ein Teil der angegebenen Links führt zu englischsprachigen Quellen, die z.B. auch im bilingualen Unterricht verwendet werden können.

Arbeitsblatt Faktencheck Rüstungsexport

Die Karikatur von Gerhard Mester kann als Einstieg ins Thema genutzt werden. Dabei werden sicher Vorkenntnisse zu aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen und zum Waffenhandel zur Sprache kommen. Die Arbeit mit den umfangreichen Rüstungsexportberichten wird den Schülerinnen und Schülern jeweils durch die gut strukturierten Inhaltsverzeichnisse und durch Grafiken und Schaubilder erleichtert, die sie direkt für die Gestaltung ihrer Plakate verwenden können.

Entscheidungsprozesse über Rüstungsexporte

Bei der Klärung der Begriffe zum Schaubild sollte der Unterschied zwischen klassischen Kriegswaffen (z.B. Panzer, Kanonen) und sog. Dual Use-Gütern (z.B. militärisch nutzbare Fahrzeuge) deutlich werden. Die politischen Grundsätze der Bundesregierung können mit den Arbeitsergebnissen zur Praxis der Rüstungsexporte konfrontiert werden. Daraus ergibt sich in der Diskussion die Fragestellung, ob es ausreichend ist, Exportgenehmigungen von einem Ausschuss der Bundesregierung (Bundessicherheitsrat) beschließen und kontrollieren zu lassen.

Arbeitsblatt Rüstungsexport Bundestagsdebatte

Die Auszüge aus den Debattenbeiträgen ergeben ein recht klares Bild von den Positionen der Parteien: Alle Oppositionsparteien, nicht aber die Mehrheitsfraktionen, konfrontieren die gegenwärtige Praxis kritisch mit dem Anspruch einer restriktiven Exportpolitik. Mit Blick auf die künftige Ausrichtung der Politik zeigen sich deutlich unterschiedliche Positionen, die von einem vollständigen Exportverbot über eine bessere Umsetzung der auf dem Papier schon bestehenden Restriktionen bis hin zu europapolitischen und industriepolitischen Erwägungen reichen. Diese Positionen bieten genügend Stoff, sich in der Diskussion mit einzelnen Aspekten auseinanderzusetzen.

Arbeitsblatt Rüstungsexport: Politische Beteiligung

Das Foto ist bei einer Aktion der Aktion Aufschrei vor dem Kanzleramt in Berlin entstanden und zeigt die kreative Verknüpfung eines künstlerischen Elements mit der traditionellen Form der Mahnwache. Ausgehend von diesem Foto kann recherchiert werden, wer hinter der Aktion Aufschrei steht: Es zeigt sich ein sehr breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus Gruppen der Friedensbewegung mit kirchlichen, entwicklungspolitischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Wenn die Schülerinnen auf der Homepage der Aktion Aufschrei auch in der Historie recherchieren, stoßen sie auf eine Fülle von kreativen und traditionellen Formen von Protest, Öffentlichkeitsarbeit und politischer Lobbyarbeit. Diese zeigen weit über das Thema Rüstungsexport hinaus Möglichkeiten, wie man sich politisch engagieren kann und bieten Diskussionsanstöße auch für und über das eigene Engagement.

Hinweise auf weitere für den Unterricht geeignete Materialien zum Thema

- Wer mit seiner Klasse in der Form eines Planspieles oder Rollenspieles arbeiten will, der kann auf ein Angebot des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) zurückgreifen. Am Beispiel eines fiktiven Rüstungsbetriebs in einer fiktiven Kleinstadt wird die Problematik aus verschiedenen Blickwinkeln erarbeitet: „Ach und Krach in Stelzenbach“
https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bilder/referat_soldatenfragen/Planspiel_Waffenhandel_Finalkorr090617.pdf
- Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten koordiniert jedes Jahr Aktionen zum „Red Hand Day“ und macht damit auf die Problematik der Kindersoldaten aufmerksam. Eng damit verknüpft ist vor allem Kritik am Handel mit Kleinwaffen. Materialien und Aktionsbeispiele finden sich unter: <https://www.redhandday.org/>
- Unter dem Titel „Tod – Made in Germany?“ hat die Evangelische Landeskirche in Württemberg eine Arbeitshilfe herausgegeben. Sie umfasst eine Handreichung, die die Faktenlage präsentiert, dazu aktuelle kritische Stellungnahmen aus den Kirchen und eine Unterrichtshilfe der Berghof-Stiftung zur Arbeit mit dem Friedensgutachten 2016. Außerdem bietet sie eine Fülle weiterer Hinweise auf vertiefende Informationsquellen. Die Broschüre kann bezogen werden über das Friedenspfarramt der Evangelischen Landeskirche Württemberg: Friedenspfarramt@elk-wue.de; sie steht auch zum Download unter www.friedenspfarramt.elk-wue.de zur Verfügung.



Quelle: <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/neues/materialien/>

Aufgabe:

→ Erstellen Sie in Ihrer Arbeitsgruppe ein Plakat, das Informationen zu folgenden Punkten enthält:

- Entwicklung der Rüstungsexporte aus Deutschland in den vergangenen fünf Jahren
- Anteil deutscher Rüstungsexporte im Verhältnis zu den Rüstungsexporten anderer Länder
- Hauptempfängerländer deutscher Rüstungsexporte
- Rüstungsgüter, die aus Deutschland geliefert werden

→ Achten Sie bei der Gestaltung des Plakates auf Übersichtlichkeit und verwenden Sie graphische Elemente, z.B. Diagramme und Fotos

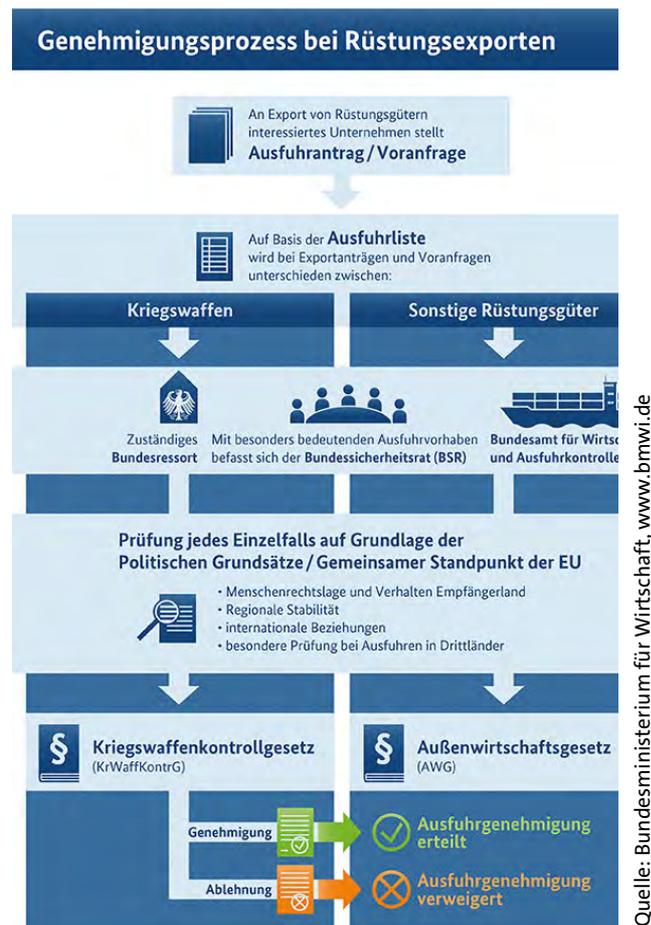
→ Stellen Sie die Plakate in der Klasse vor und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse

Informationen finden Sie schnell in folgenden Quellen:

1. Die Bundesregierung (Wirtschaftsministerium) informiert regelmäßig den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit in einem Rüstungsexportbericht: Der aktuellste Bericht findet sich unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht>

2. Die gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), getragen von der katholischen und der evangelischen Kirche, verfolgt das Thema ebenfalls seit vielen Jahren und veröffentlicht jährlich einen auf eigenen Recherchen beruhenden Bericht unter <http://www3.gkke.org/publikationen/>

3. Das Friedensforschungsinstitut SIPRI in Stockholm veröffentlicht regelmäßige Reports zum internationalen Waffenhandel in englischer Sprache: Der aktuelle Bericht ist zu finden unter <https://www.sipri.org/sites/default/files/Trends-in-international-arms-transfers-2016.pdf>

**Aufgabe:**

1. Klären Sie folgende Begriffe, die zum Verständnis des Schaubilds wichtig sind:
 - Was sind Kriegswaffen, was sind sonstige Rüstungsgüter (Beispiele)?
 - Wer sind die Mitglieder des Bundessicherheitsrates, der über besonders bedeutende Ausfuhrvorhaben entscheidet?
 - Unter welchen Bedingungen dürfen nach den Grundsätzen der Bundesregierungen keine Waffenexporte genehmigt werden?

Informationen finden Sie dazu schnell unter:

- <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/ruestungsexportkontrolle.html>
- <http://www.gesetze-im-internet.de/krwaffkontrg/anlage.html>
- <https://www.bundesanzeiger-verlag.de/aw-portal/aussenwirtschaft/hintergruende-und-fachwissen/wann-ist-ein-bestandteil-ein-ruestungsgut-im-sinne-der-ausfuhrliste.html>
- <https://www.bundestag.de/blob/190224/82b0d64dd83976983f7e785ba156c11b/bundessicherheitsrat-data.pdf>

2. Diskutieren Sie in der Klasse:
 - Welche Konflikte können im Genehmigungsverfahren auftreten?
 - Sind die Regelungen ausreichend, um die politischen Grundsätze umzusetzen?

Am 27.4.2018 debattierte der Deutsche Bundestag grundsätzliche Fragen der deutschen Rüstungsexportpolitik. Anlass waren zwei Anträge der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Wenn Sie sich mit den Reden näher beschäftigen, können Sie sich an folgenden Leitfragen orientieren:

- Wie beurteilen die Fraktionen die bisherige Rüstungsexportpolitik?
- Welche Überlegungen für die Zukunft werden angestellt?
- Wo sehen Sie Übereinstimmungen bzw. Konfliktlinien?
- Welche Argumente erscheinen Ihnen selbst am wichtigsten? Diskutieren Sie in der Klasse!

Sevim Dagdelen, MdB / Fraktion Die Linke

(...) Die Bundesregierung sorgt durch ihre Rüstungsexportpolitik dafür, dass Deutschland einer der größten Waffenexporteure der Welt ist. Der Koalitionsvertrag gibt der Bundesregierung auf, sich weltweit für Menschenrechte einzusetzen und Fluchtursachen zu bekämpfen. Aber diese Erklärungen sind doch das Papier nicht wert, auf dem sie stehen, wenn weltweit mit deutschen Waffen Menschenrechte verletzt werden und immer neue Fluchtursachen geschaffen werden. (...) Die Wahrheit ist daher: Ihre Rüstungsexportpolitik ist mörderisch, und deshalb brauchen wir dringend einen sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte (...) Sie liefern auf Teufel komm raus auch in Spannungs- und Kriegsgebiete. Das hat zwei Gründe: Zum einen fühlen Sie sich eben nicht der Bevölkerung verpflichtet, die in ihrer übergroßen Mehrheit Rüstungsexporte ablehnt, sondern offensichtlich dem militärisch-industriellen Komplex in Deutschland, wo Milliarden Gewinne durch die Rüstungskonzerne erwirtschaftet werden. (...) Zum anderen wollen Sie durch Ihre Rüstungsexportpolitik geopolitisch Einfluss nehmen. Länder wie die Türkei sollen in der NATO gehalten werden, auch wenn dabei die Kurden mit deutschen Waffenzugrunde gehen. (...)

Katja Keul, MdB / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(...) Wir müssen die Kriterien und Grundsätze in der freiwilligen Selbstverpflichtungserklärung, nämlich die Grundsätze der Bundesregierung, endlich gesetzlich verankern und vor allem justizierbar machen. Warum müssen wir das? Die Grundsätze sind nicht schlecht, sie sind aus der Zeit von Rot-Grün. Dort steht viel Gutes. Die Bundesregierung erklärt immer, dass sie sich daran hält; das tut sie aber nicht. In den Grundsätzen steht: An Drittstaaten darf nur im Ausnahmefall exportiert werden, nur wenn die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland dies im Ausnahmefall nötig machen. In der Praxis erleben wir: Es ist der Regelfall. Mehr als 50 Prozent dieser Exporte gehen an Drittstaaten und weniger als die Hälfte an EU- und NATO-Partner. Wir brauchen also gesetzliche Kriterien. (...) Um das Ganze justizierbar zu machen, brauchen wir die Möglichkeit einer Verbandsklage. Der Präsident des BAFA hat vorgeschlagen, die Genehmigung auf ein Jahr zu befristen. Auch das finde ich sehr gut; das nehmen wir auf. Technische Unterstützung muss in Zukunft genehmigungspflichtig sein. (...) Wir wollen keinerlei Lizenzen zur Herstellung von Kriegswaffen an Drittstaaten vergeben. Das sind unsere Kernpunkte. (...)

Florian Post, MdB / Fraktion SPD

(...) Deutschland hat eines der restriktivsten Rüstungskontrollregime der Welt. Wir sorgen dafür, dass das auch so bleibt. Wir werden (...) keine Kleinwaffen mehr in Drittstaaten exportieren. Wir haben Post-Shipment-Kontrollen bei Kleinwaffen eingeführt, und wir werden mehr Mittel für den weiteren Aufbau des Personalbestandes beim zuständigen Bundesamt BAFA zur Verfügung stellen, um auch hier eine effektive Rüstungsexportkontrolle zu gewährleisten. Natürlich müssen wir auch die europäische Komponente berücksichtigen. Uns ist nicht geholfen, wenn wir nichts mehr exportieren, aber andere europäische Länder das gleiche Rüstungsgut sehr wohl. Hier müssen europäische Regelungen gefunden werden. Das ist in unserem Interesse. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir selbstverständlich zu unserer Bündnisverpflichtung stehen, dass wir ein verantwortungsvoller und zuverlässiger Partner sein wollen, dass wir Rüstungsexporte so restriktiv handhaben wie kein anderes Land dieser Welt und dass gleiche Standards für alle in Europa gelten müssen. (...)

Klaus-Peter Willsch, MdB / Fraktion CDU/CSU

(...) Unsere Güter sind weltweit gefragt, weil wir gute Güter produzieren. Dass wir in diesem Bereich zurückhaltend sind, sehen Sie daran, dass wir Außenhandelsweltmeister sind, bei der Rüstung aber immer nur ein magerer Platz vier oder fünf in der Welt herauskommt. (...) Lieferung von Waffen und Rüstungsgeräten in Spannungs- oder Kriegsgebiete machen wir grundsätzlich nicht, also im Prinzip nicht, aber wir machen politisch begründete Ausnahmen. Wenn wir die Welt betrachten, stellen wir nämlich fest, dass es häufig so ist: Wenn ein Staat seine Grenzen nicht schützen kann, weil er nicht entsprechend vorbereitet ist, dann kriegen wir Schwierigkeiten. Schauen Sie sich Konflikte in Afrika an! Dort entsteht vieles durch mangelnde Wehrhaftigkeit eines Landes, weil dann marodierende Banden über ungesicherte Grenzen ziehen. Wenn wir den Grundsatz, keine Rüstungsexporte an Nicht-EU- und Nicht-NATO-Staaten zu liefern, gelegentlich durchbrechen, tun wir das in wohlbegründeten politischen Ausnahmefällen. (...) Zurzeit läuft die Internationale Luft- und Raumfahrt ausstellung in Berlin. Das ist eine beeindruckende Heerschau unserer Fähigkeiten in ziviler Luftfahrt, in militärischer Luftfahrt und in der Raumfahrt. Eines der am häufigsten angesprochenen Themen bei den Rundgängen auf der Messe war: Helft uns, überhaupt noch fähig zu sein, mit unseren Partnern zu handeln. (...) Heute wird danach geschaut: Ist in den Produkten noch etwas aus Deutschland? Wenn etwas aus Deutschland darin enthalten ist, dann ist es in der Welt schlecht verkehrsfähig. „German free“ ist das Label, das gesucht wird. (...)

Sandra Weeser, MdB / Fraktion FDP

(...) Für die FDP-Bundestagsfraktion gelten zwei Grundsätze: Zum einen wollen wir keine Rüstungsexporte in Krisengebiete, zum anderen gilt bei der Beurteilung von Einzelanträgen zu Rüstungsexporten der klare Vorrang der außen- und sicherheitspolitischen Interessen. (...) Auch wir wollen mehr Transparenz. Die bisher praktizierte Geheimhaltung von Begründungen für Rüstungsexportentscheidungen ist nicht mehr haltbar. Das Argument, sicherheitspolitische Überlegungen könnten nicht öffentlich debattiert werden, führt letztlich zu einer permanenten Delegitimierung der deutschen Rüstungsexportpolitik. Auch die Unternehmen haben ein Anrecht darauf, dass Rüstungsexportentscheidungen verlässlich und planbar nach öffentlich diskutierten Kriterien erfolgen und nicht nach politischer Stimmungslage. (...) Eines ist klar: Eine deutsche Verteidigungsindustrie wird es in Zukunft entweder im Rahmen einer europäischen Verteidigungsindustrie geben, oder es wird sie gar nicht geben. Europäische Nationen werden sich zum Beispiel das Nebeneinander von drei verschiedenen Kampfflugzeugen schlichtweg nicht mehr leisten können. Damit werden europäische Regeln für Rüstungsexporte an Bedeutung gewinnen. Hier können wir nicht einfach sagen: Unsere Standards gelten, und alle anderen müssen sich uns anpassen. – So funktioniert europäische Zusammenarbeit nämlich nicht. Wir werden viel aktiver für unsere restriktiven Linien werben und auch entsprechend handeln müssen. (...)

Steffen Kotré, MdB / Fraktion AfD

(...) Waffenexporte sind an Menschenrechte gebunden. Es gibt viele Bestimmungen, die dem Rechnung tragen, doch werden sie oft umgangen. Rüstungsexporte sind nicht immer transparent, und auch das Parlament als Kontrollorgan wird nicht immer eingebunden. Hier fordern wir vollständige Transparenz und die Einbindung des Parlamentes, dies natürlich auch vor dem Hintergrund der Waffenexporte in Krisen- und Kriegsgebiete. Aber Rüstung hat noch eine andere Komponente: die Wehrsoveränität, die Souveränität, sich selbst verteidigen zu können. Ja, Deutschland muss seine Wehrsoveränität behalten. Das heißt, Deutschland muss seinen Technologievorsprung behalten und ausbauen. Gerade im Rüstungssektor ist dieser Vorsprung eine Säule der Verteidigungsfähigkeit, auch für unsere Bündnispartner. Ein Land der Hochtechnologie, wie es Deutschland ist, muss die eigene Stärke behalten und ausbauen, auch im Rüstungssektor. Damit unterstützen wir auch friedliche Länder, die sich bestmöglich verteidigen wollen, zum Beispiel gegen den IS und andere Terrororganisationen. Auszuschließen ist allerdings der Technologieexport ins Ausland. (...)

Hinweis:

Die Redeauszüge sind stark gekürzt; Zwischenrufe und Reaktionen anderer Abgeordneter wurden nicht mit aufgenommen. Der vollständige Wortlaut kann im Protokoll der Bundestagsitzung nachgelesen werden: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19030.pdf> (S.41-51)



Quelle: pax christi

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bietet den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes zahlreiche Möglichkeiten, ihre Meinungen und ihre Vorstellungen zur Politik zu äußern und einzubringen – weit über das Wahlrecht hinaus. In der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ haben sich zahlreiche Nichtregierungsorganisationen zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um ihrem politischen Ziel näher zu kommen. Dieses Bündnis versucht, möglichst viele Zugänge und Methoden der Einflussnahme auf die Politik zu nutzen und zeigt damit beispielhaft, wie man sich als interessierter und engagierter Mensch in die politische Diskussion einmischen kann, wenn man das will.

- Recherchieren Sie auf <http://www.aufschrei-waffenhandel.de>, aus welchen gesellschaftlichen Bereichen die Organisationen in diesem Bündnis kommen.
- Sammeln Sie verschiedene Aktionsformen, Aktivitäten und Methoden der Öffentlichkeitsarbeit, die von der Aktion Aufschrei eingesetzt werden. Stellen Sie diese in einer übersichtlichen Mind-Map zusammen.
- Diskutieren Sie in der Klasse, welche Methoden und Aktionsformen Sie eher für erfolgversprechend halten und welche eher nicht?
- An welchen Aktionsformen würden Sie sich beteiligen, wenn Sie sich selbst für ein politisches Ziel einsetzen möchten?



Sie interessieren sich doch

Politische Bildung stößt bei Schüler/innen nicht unbedingt auf Begeisterung. Die Rüstungsindustrie und Waffenlieferungen mit all ihren Verflechtungen und Verwerfungen sind in Schulen (und nicht nur dort) auch eher ein Randthema. Der Schulleiter des Beruflichen Schulzentrums Bietigheim-Bissingen, Stefan Ranzinger, hat beides nicht gescheut. Seine Schüler/innen und die ganze Schule profitieren davon.

18.07.2017 - b&w-Artikel, Maria Jeggle GEW

Dem Beruflichen Schulzentrum Bietigheim-Bissingen gelingt es seit über zehn Jahren Prominente aus Politik und Wirtschaft zu gewinnen, die zu der Veranstaltungsreihe „Schule trifft Wirtschaft“ oder zu Expertengesprächen in die Schule kommen. Die früheren Kultusminister/innen Annette Schavan (CDU) und Andreas Stoch (SPD) waren schon da oder der Drogeriemarkt-Gründer Götz Werner. Mitte Mai kam Jürgen Grässlin. Weniger prominent. Der Freiburger Lehrer und GEW-Mitglied ist als Rüstungsgegner und Friedensaktivist manchen in Politik und Wirtschaft unbequem. Säle füllt er trotzdem. Als er in der beruflichen Schule über Waffenhandel referierte, kamen 300 Gäste, überwiegend Lehrkräfte und Schüler/innen.

Warum Grässlin? Wie kommen Lehrkräfte und Schüler/innen dazu, sich mit der Rüstungsindustrie und Waffenlieferungen zu beschäftigen? Überlegt hatte sich das heikle Thema Stefan Ranzinger. „Ich probier es mal“, erzählt der Schulleiter. *Er bot das Thema Schüler/innen an, die in der 12. Klasse des beruflichen Gymnasiums seinen dreistündigen Seminarkurs besuchen wollten.* Das Thema hält er für ganz hervorragend geeignet, weil es kontrovers und vielschichtig ist. Er sei nicht vorgeprägt und nicht von vorne herein friedensbewegt gewesen, versichert Ranzinger.

Wer von den Schüler/innen mitmachen wollte, musste sich mit einem Motivationsschreiben für den Kurs bewerben. „Nicht alltäglich“, „nicht so langweilig“ sei ihnen der Themenvorschlag vorgekommen, berichten ein paar Schüler/innen. Politisches Interesse war da, ihr erster Antrieb war das aber eher nicht. Elf Schüler/innen nahmen schließlich teil und langweilig wurde es ihnen tatsächlich nicht. Sie waren dabei, als Grässlin den Stuttgarter Friedenspreis entgegennahm, sie diskutierten mit Harald Hellstern von Pax Christi und sprachen mit dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold. Die Klasse besuchte das Theaterstück „Feuerschlange“ in Stuttgart, in dem es um verschlungene Wege deutscher Waffen ging, und sie bestritten schließlich eine Podiumsdiskussion mit Jürgen Grässlin.

Pascal Elser hat als erster den Kurs mit der mündlichen Prüfung abgeschlossen. Volle Punktzahl hat er geschafft. Bis er sich die Bestnote verdient hatte, mussten er und alle anderen im Kurs viel Aufwand reinstecken. Als erstes galt es, das dicke Schwarzbuch von Grässlin „Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg verdient“ zu lesen und zu überlegen, welche unterschiedlichen Aspekte und Vertreter zum umstrittenen Thema gehören. Der SPD-Politiker Arnold beispielsweise bekannte sich im Gespräch mit den 12. Klässler/innen zur Rüstungsproduktion und -forschung in Deutschland. Die Spitzentechnologie mache Deutschland unabhängig von anderen Ländern, war eines seiner Argumente. Klare Rüstungsgegner sind Jürgen Grässlin und Harald Hellstern. Die Rüstungsindustrie wiederum ist ein gewichtiger Gegenspieler. Und die beeindruckte mächtig. Als erste Schulklasse überhaupt besichtigte der Seminarkurs den Münchner Rüstungskonzern Krauss-Maffei-Wegmann. „Wir hatten gar nicht damit gerechnet, dass wir reingelassen werden“, bemerkt Ranzinger. „Die Unternehmensvertreter haben auf all unsere Fragen geantwortet“, lobt der Schüler Robin Schatzmann das Gespräch. Ein Foto mit einem Panzer im Hintergrund hätten sie mit der Begründung, das sei keine Trophäe, abgelehnt. Mit manchen Antworten hätte es sich das Unternehmen aber auch leicht gemacht, bemängelt der Schüler. „Wenn die Politik

es erlaubt, liefern die überall hin“, ergänzt der Schulleiter. Auf der Teststrecke wurde den jungen Besucher/innen aus Bietigheim ein Leopardpanzer II vorgeführt und sie bekamen ein für Katar bestimmtes Exemplar zu sehen.

Umfrage mit Überraschungen

Aufwändig und aufschlussreich war eine schulinterne Umfrage zur Rüstungsindustrie und zu Rüstungsexporten. Geantwortet hatten rund 1.400 Schüler/innen und 72 Lehrkräfte des Berufsschulzentrums. Rund die Hälfte des Kollegiums und mehr als 50 Prozent der Schülerschaft der großen Schule beteiligten sich an der Befragung der Seminarklasse. Die Wissensfragen offenbarten so manche Wissenslücke, die Meinungsfragen lieferten überraschende Antworten. Wer über brisante Rüstungsexporte entscheide, wurde gefragt oder wie hoch der Anteil der Kriegswaffenausfuhren am deutschen Gesamtexport 2015 gewesen sei. Oder „Was halten Sie davon, dass Deutschland Waffen exportiert?“ und „Würden Sie in einer Rüstungsfirma arbeiten, wenn Sie dort viel mehr Geld verdienen würden?“

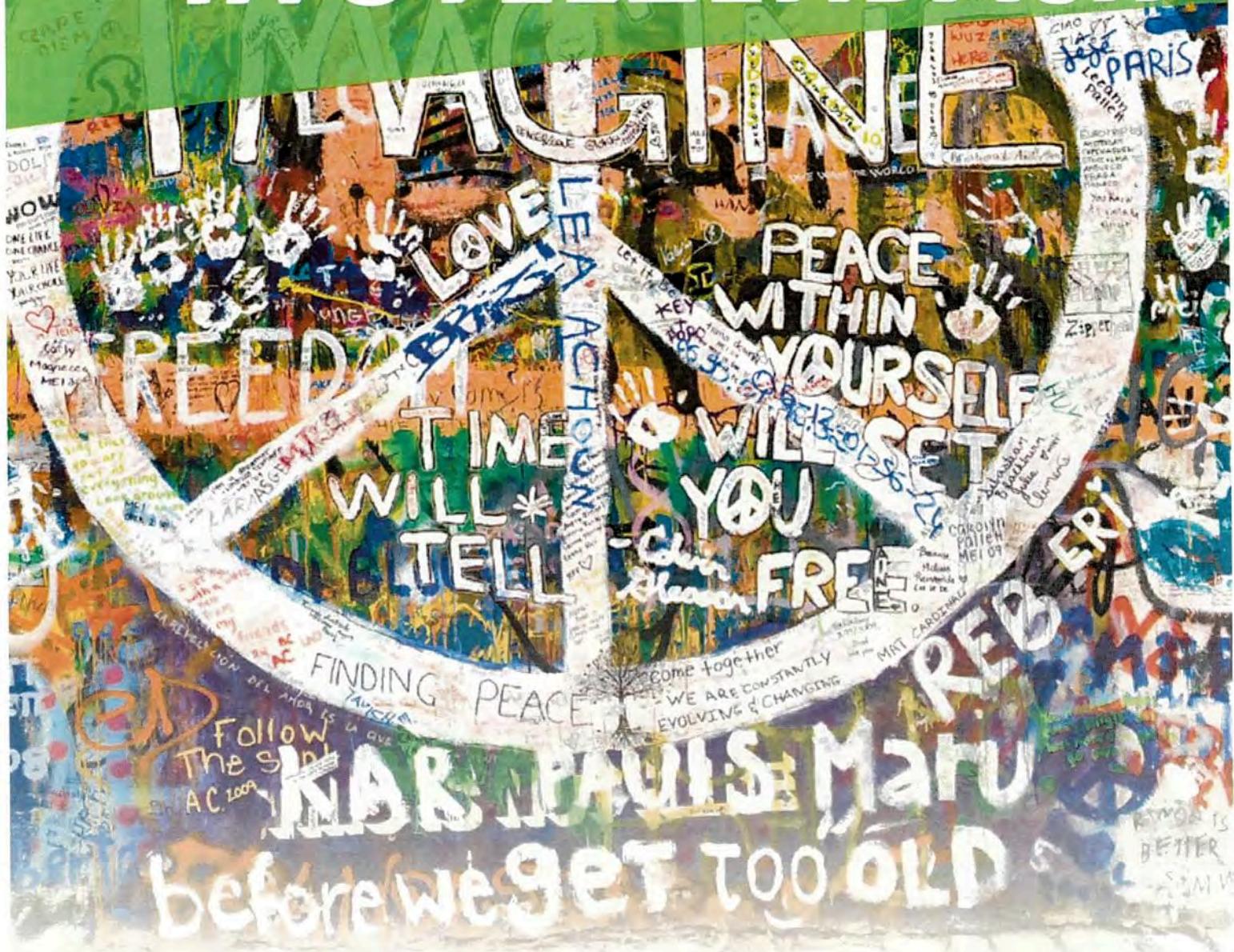
Nach Grässlins Vortrag wurde die Umfrage unter den Zuhörer/innen wiederholt. Der Vortrag wirkte. Danach wussten fast alle, dass der Bundessicherheitsrat brisante Rüstungsexporte verantwortet und dass der Anteil der Kriegswaffenausfuhr nur 0,13 Prozent vom Gesamtexport beträgt. Vor dem Vortrag kreuzten nur rund ein Drittel der Schüler/innen und der Lehrkräfte den Bundessicherheitsrat als Entscheidungsträger an. (Siehe Grafik 1) Viele meinten, die Bundesregierung oder die Abgeordneten würden die Rüstungsexporte außerhalb der Nato und der EU genehmigen. Rund die Hälfte der Befragten schätzte zunächst den Anteil der Waffenausfuhr am Gesamtexport deutlich höher ein (Grafik 2). Der Vortrag des Rüstungskritikers konnte allerdings nicht verhindern, dass danach immer noch 40 Prozent des Publikums für die Waffenindustrie arbeiten wollten, wenn es dafür viel mehr Geld geben würde. Gesunken ist die Zahl dennoch. Bei der ersten Befragung kreuzten 61 Prozent der Schüler/innen bei dieser Frage „ja“ an. Bei den Lehrkräften waren es mit 17 Prozent sehr viel weniger.

Aufwand hat sich gelohnt

Nach einem Jahr intensiver Arbeit sind sich die Schüler/innen einig: Der Aufwand hat sich gelohnt, sie sind stolz auf ihre Ergebnisse und würden es sofort wieder machen. Mit ihren Meinungsäußerungen sind sie vorsichtig. Wenn es um die Frage geht, ob die Waffenexporte moralisch verantwortbar sind, antwortet Valentin Hubl: „Das ist ein komplexes Thema und situationsabhängig.“ Natalie Kempf sagt: „Das kann man nicht verallgemeinern, das ist in jedem Land anders.“ Pascal Elser meint zum Verfahren im Bundessicherheitsrat, der habe gute Gründe, dass seine Entscheidungen geheim blieben. Er wünscht sich trotzdem mehr Transparenz.

Friedensaktivist/innen sind die Schüler/innen nicht geworden. Ihr anfänglich nur zaghaftes politisches Interesse ist auf jeden Fall gestiegen und Selbstbewusstsein haben sie auch getankt. Der Schulleiter ist stolz auf seine Klasse. Sein riskantes Thema hat sich ausgezahlt

ACH UND KRACH IN STELZENBACH



PLANSPIEL

zum Thema Waffenhandel, Ethik und Verantwortung





1. Weshalb ein Planspiel zum Thema Rüstungsexporte?

Deutschland ist Europas größter Waffenexporteur und weltweit der drittgrößte Exporteur von Militärgütern. Während die Regelungen für Waffenexporte zwar auf den ersten Blick relativ streng erscheinen, zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass die Bundesregierung einen großen Ermessungsspielraum bei Exportgeschäften hat. Dreiviertel der Länder dieser Welt gehören zu den Abnehmern deutscher Waffen. Das Spektrum der Käuferländer reicht von reichen Industrienationen bis hin zu den ärmsten Ländern des Globalen Südens.

Besonders problematisch sind Exporte in Staaten mit bedenklicher Menschenrechtssituation. Immer wieder kommt es zu Exporten deutscher Waffen in Länder, die von internationalen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International für schwere Menschenrechtsverstöße verantwortlich gemacht werden. Darüber hinaus tauchen Kriegswaffen und Rüstungsgüter aus Deutschland regelmäßig bei zahlreichen

gegenwärtigen Konflikten auf, wobei häufig gerade diese Kriegsschauplätze Käuferländer der Vergangenheit sind. Die Frage nach der Verantwortung Deutschlands als drittgrößter Waffenexporteur weltweit hinsichtlich der Dynamik und Eskalation von gegenwärtigen Konflikten ist dementsprechend sehr aktuell und äußerst brisant.

Das Planspiel „Ach und Krach in Stelzenbach“ greift diese Problematik auf. Die verschiedenen Perspektiven in aktuellen kontroversen Diskussionen sollen durch die unterschiedlichen Akteursprofile veranschaulicht werden. Die möglichst realitätsnahe Konzipierung der Profile mit Pro- und Kontra Argumenten bezüglich Waffenexporten soll eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Rüstungsexporte und Kriegswaffen aus Deutschland anstoßen.

2. Szenario

Austragungsort des Planspiels ist Stelzenbach, eine fiktive deutsche Kleinstadt. Der größte Arbeitgeber vor Ort ist der internationale Rüstungskonzern Mayer-AG. In dem 40.000-Einwohner-Ort arbeiten 3.200 Menschen für die Waffenfabrik. Nun haben die Bevölkerung Stelzenbachs und die umliegenden Gemeinden erfahren, dass ein großer Waffenexport in das Land Athosien bevor steht. Athosiens Präsident regiert seit über 18 Jahren, die Menschenrechtslage ist problematisch.

Vor diesen Hintergründen wächst in Teilen der Bevölkerung zunehmend Misstrauen gegenüber der Waffenfabrik und dem bevorstehenden Exportgeschäft. Der Widerstand nimmt zu und die Situation in der sonst eher ruhigen und überschaulichen Stadt Stelzenbach droht zu eskalieren. Angesichts der zunehmenden Spannungen lädt das Bürgermeisteramt der Gemeinde Stelzenbach Repräsentierende aller beteiligten Interessengruppen zu einem Runden Tisch ein, um über den Stand der Dinge zu informieren, Befürchtungen und Forderungen zu diskutieren und möglichst eine von allen getragene Lösung zu finden. An der Diskussion nehmen die in der Abbildung genannten Akteure teil.

Das Planspiel ist angelehnt an die kritischen Diskussionen rund um die umstrittenen Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. Auch die Unruhen im Nachbarland zu Athosien knüpfen an die realen Argumente aus der Politik an, Waffenexporte in ausgewählte Staaten könnten die Stabilität in einer bestimmten Region wiederherstellen.

Die Entscheidung, das Planspiel in einer fiktiven deutschen Kleinstadt stattfinden zu lassen, soll die Problematik verdeutlichen, die mit dem Thema einhergeht. Zwar ist Stelzenbach ein nach außen hin friedlich wirkender Ort, jedoch wird bei näherem Hinsehen schnell deutlich, dass der idyllische Eindruck trügt. Waffenexporte werden auch in Stelzenbach kontrovers diskutiert. Schließlich sprechen sich breite Bevölkerungsteile gegen den Export aus. Darüber hinaus werden die Teilnehmer/-innen des Planspiels durch die Entscheidung für eine deutsche Kleinstadt als Austragungsort der kontroversen Diskussion zusätzlich sensibilisiert, dass solch relevante Themen häufig durch mangelnde Transparenz und fehlende Berichterstattung an der Mehrheitsbevölkerung vorbeigehen.



3. Lernziele

Ziel des Planspiels „Ach und Krach in Stelzenbach“ ist in erster Linie, die Teilnehmer/-innen für das Thema Waffengeschäfte und Exporte zu sensibilisieren und die Rolle Deutschlands als weltweit drittgrößten Waffenexporteur kritisch zu hinterfragen. Besonderes Augenmerk liegt auf dem Bewusstsein für die Folgen von Waffenexporten in Staaten mit bedenklicher Menschenrechtslage. Die häufig eher wirtschaftlichen Argumente für Waffenexporte sollen durch einen Blick „hinter die Kulissen“ in Frage gestellt werden. Wohin wird eigentlich geliefert? Was passiert nach den Lieferungen? Welche Verantwortung hat Deutschland, wenn die Käuferländer der Vergangenheit zu den gegenwärtigen Kriegsschauplätzen werden? Wie werden die Exporte allgemein legitimiert? Und in wie fern spielen politische Einschränkungen eine Rolle?

Das Planspiel gibt somit einen inhaltlichen Einblick in die kontroverse Diskussion rund um das Thema Waffenexporte. Durch die unterschiedlichen Profile sollen die Teilnehmer/-innen möglichst viele Argumente kennenlernen, die sowohl für als auch gegen den Export von deutschen Rüstungsgütern und Kriegswaffen sprechen, um sich anschließend ein eigenes Bild zu machen und angeregt diskutieren zu können.

Neben der inhaltlichen Ebene zielt das Planspiel auch auf den Gewinn von allgemeinen Kompetenzen ab, wie z.B. Toleranz und Empathiefähigkeit in Diskussionen, Durchsetzungsvermögen der eigenen Interessen oder Konsensfindung innerhalb eines befristeten Zeitrahmens.

4. Verortung in Jugendarbeit & Lehrplan

Das Spiel ist für Jugendliche ab einem Alter von ca. 15 Jahren und für junge Erwachsene konzipiert. Eine Voraussetzung ist ein Grundverständnis von Außen- und Wirtschaftspolitik. Es ist hilfreich, wenn vorab schon Bildungsangebote zu Themen durchgeführt wurden, bei denen es um die Entwicklung persönlicher Haltungen zu einem Thema geht, z.B. im Themengebiet des kritischen Konsums.

Es wird dafür ein halber Tag (incl. Pausen) benötigt. Für die Nachhaltigkeit ist es günstig, wenn sich die Teilnehmer/-innen im Anschluss noch weiter austauschen können. Optimal wäre ein ganzer Nachmittag, oder die Durchführung im Rahmen einer Freizeit oder eines Seminartages.

Allgemein sehen die Lehrpläne der Jahrgangsstufen 10 und der darauffolgenden Oberstufe für die Fächer Politik/Wirtschaft (PoWi) sowie Ethik mehrere Themengebiete vor, in die eine Unterrichtseinheit zum Thema „Rüstungsexporte“ eingegliedert werden könnte, so z.B. Probleme der internationalen Zusammenarbeit und Friedenssicherung oder Fragen zur deutschen Außenpolitik.